

*Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung*

**Gemeinsamer Antrag**

Datum 31.10.2008

**Drucks. Nr.** VO/0924/08  
öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>05.11.2008</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>10.11.2008</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

**Finanzierung Betreuung der unter Dreijährigen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsfraktionen von CDU und SPD beantragen die Verabschiedung folgender

**Resolution**

Im Sommer 2007 haben sich Bund, Länder und Kommunen darauf geeinigt, dass die Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtung und Tagespflege bis zum Jahr 2013 ausgebaut werden soll. In fünf Jahren sollen demnach rund 750.000 Plätze zur Verfügung stehen. Die dem damals gefundenen Kompromiss zugrunde liegenden Berechnungen gehen von einem durchschnittlichen Bedarf von 35 Prozent aus.

Dieser Beschluss ist auch weiterhin aktuell. Wir wollen in Deutschland Kinder und Eltern wirksam fördern. Insbesondere in Kommunen mit einer schwierigen demographischen Situation muss die Politik die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Eltern ihren Wunsch nach Kindern verwirklichen können. Eine zielgerichtete Finanzierung der Betreuung der unter Dreijährigen ist dabei eine besonders wichtige Aufgabe, trägt sie doch veränderten Lebens- und Arbeitswelten Rechnung. Der Rat ist sich in dem Grundsatz einig, dass die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für Mütter und Väter gleichermaßen verbessert werden soll.

Schon jetzt verfügt unser Land über ein gutes Angebot an Kinderbetreuung für die 3-6jährigen. Doch für die unter dreijährigen Kinder besteht noch Nachholbedarf. Bis 2013 soll dies korrigiert werden. Ohne die Mitwirkung des Bundes ist diese Herausforderung nicht zu meistern. Deshalb beteiligt er sich in der Ausbauphase mit einem Betrag von vier Milliarden Euro. Auch das Land beteiligt sich an diesen Anstrengungen. Allein 2009 wird Düsseldorf den Kommunen und den freien Trägern für die Betriebskosten der U3-Betreuung insgesamt 160 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Diese gemeinsam - im Dreiklang von Stadt, Land und Bund - erzielten Erfolge sollten wir nicht klein reden.

Dennoch will der Rat den Beschluss bzw. die Vereinbarung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau vom 28. August 2007 in Erinnerung rufen. Dort heißt es zur Aufgabe der Länder:

„Die Länder werden durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auch tatsächlich und zusätzlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt werden. Die Länder werden ebenfalls finanzielle Voraussetzungen dafür schaffen, dass die vereinbarten Ziele erreicht werden“.

Auch wenn das Land Nordrhein-Westfalen bereits jetzt bei der Bereitstellung von Krippenplätzen auf einem guten Wege ist, besteht die Gefahr, dass man von der im Sommer 2007 vereinbarten Verpflichtung abrückt.

Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, die Bundesmittel zusätzlich zu den bereits bestehenden und etatisierten Landesmitteln den Kommunen und freien Trägern, welche die entsprechenden Betreuungsangebote für unter Dreijährige vorhalten, zur Verfügung zu stellen. Dabei empfiehlt es sich, diese Ausgabe im Landeshaushalt 2009 für alle transparent auszuweisen.

Kritisch sieht der Rat auch, dass 2009 alle 11.000 neuen U3-Plätze ausschließlich als 25-Stundenplätze finanziert werden. Es muss Aufgabe und Zuständigkeit kommunaler Jugendhilfe bleiben, welche Angebote bedarfsorientiert zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Simon  
Fraktionsvorsitzender der CDU

Klaus-Jürgen Reese  
Fraktionsvorsitzender der SPD

